



Name / Firma des Bewerbers: _____

Teilnahmeantrag

im Verhandlungsverfahren „Innovationszentrum“ Paderborn Leistung Generalplanung

1

Wir reichen hiermit einen Teilnahmeantrag ein in dem Verhandlungsverfahren der TPG TechnologieParkPaderborn GmbH „Innovationszentrum“ Paderborn - Leistung Generalplanung.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Wettbewerb führen kann.

3

Erforderliche Inhalte und Anlagen des Teilnahmeantrags:

- ☒ Dieses Formular (**Anlage A1**), mit ausgefüllten Vordrucken für Eigenerklärungen:
 - zur Unternehmensdarstellung inkl. Leistungsportfolio (Vordruck 1)
 - zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Vordruck 2)
 - zum Versicherungsschutz (Vordruck 3)
 - zur Mindestzahl der Berufsträger mit geforderter Qualifikation (Vordruck 4)
 - zu Umsätzen aus vergleichbaren Leistungen (Vordruck 5)
 - zu Referenzen über drei verschiedene Planungsleistungen (Vordrucke 6 bis 8)
 - zu Mindestentgeltzahlungen nach MiLoG (Vordruck 9)
 - zu Russland-Sanktionen (Vordruck 10)
- ☒ Handelsregistrauszug (kein Vordruck, als **Anlage A2**)
- ☒ Nachweis über die Qualifikation "Dipl.-Ing." oder "Master" und Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren für Projektleiter/in und Bauleiter/in (kein Vordruck, als **Anlage A3**)

Ggf. weitere Anlagen dieses Teilnahmeantrags, soweit zutreffend:

- ☐ Eigenerklärung zu einer Bergewergemeinschaft (Anlage A4)
 - ☐ Eigenerklärung zu Nachunternehmen/ Eignungsleihe (Anlage A5)
 - ☐ Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher (Anlage A6)
-



Dieser Teilnahmeantrag umfasst alle vorstehend aufgeführten Inhalte der Vordrucke dieses Antragsformulars und Anlagen. Er beruht auf der Anfrage der TPG zur Abgabe von Teilnahmeanträgen in Verbindung mit der im EU-Amtsblatt S veröffentlichten Bekanntmachung für dieses Vergabeverfahren und der Verfahrensbeschreibung (Anlage B1).

_____ (Ort)	_____ (Datum)	_____ lesbare Angabe des Namens der vertretungs- berechtigten Person des Bieters (bei Bieter- gemeinschaften: des bevollmächtigten Mitglieds)
----------------	------------------	--

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gilt der Teilnahmeantrag als unterschrieben und wird wirksam abgegeben.



Vordruck 1: Darstellung des Unternehmens und des Leistungsportfolios

- ☐ Einzelbewerber / -bieter
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bietergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
- ☐ Nachunternehmer des Bieters / der Bietergemeinschaft
- ☐ Sonstiges eignungsverschaffendes Unternehmen

Firmenname und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/E-Mail):	
Tätigkeitsgebiet(e):	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	
Angaben zum Leistungsportfolio:	

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.



**Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
i.S.d. §§ 123 Abs. 1 und 4, 124 GWB**

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erklären wir, dass

(bitte jeweils durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer Selbstreinigung i.S.d. § 125 GWB, die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,

und

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung / Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gilt diese Erklärung als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-
berechtigten Person des Bieters (bei Bieter-
gemeinschaften: des bevollmächtigten
Mitglieds)



Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Die Erklärung ist außerdem im Fall einer Eignungsleihe auch von dem anderen Unternehmen entsprechend § 47 VgV einzureichen. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden. Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 6. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 7. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 8. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 9. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das



Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124

Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.



Vordruck 3: Angaben zum Versicherungsschutz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Angaben zum Haftpflichtversicherungsschutz“

Eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden sowie von mindestens 3 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, zweifach maximiert pro Jahr

- ☐ besteht bereits; **anliegend** überreichen wir zum Nachweis eine Bestätigung unseres Versicherungsgebers.
- ☐ wird im Auftragsfall abgeschlossen.

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gelten diese Erklärungen als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-
berechtigten Person des Bieters (bei Bieter-
gemeinschaften: des bevollmächtigten
Mitglieds)



Vordruck 4: Angaben zur fachlichen Qualifikation und Erfahrung von Mitarbeitenden

Name des erklärenden Unternehmens: _____

In unserem Unternehmen sind über die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 10 Berufsträger (Architekten, Ingenieure, Bachelor, Master of Science/of Engineering/of Arts (Inhaber und angestellte Mitarbeiter) beschäftigt.

Erläuterungen zu den Qualifikation der Beschäftigten

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gelten diese Erklärungen als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-
berechtigten Person des Bieters (bei Bieter-
gemeinschaften: des bevollmächtigten
Mitglieds)



Vordruck 5: Angaben zu Umsätzen aus vergleichbaren Leistungen

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Angaben zu Umsätzen aus vergleichbaren Leistungen

Umsätze aus vergleichbaren Leistungen in den letzten drei Geschäftsjahren (in Euro, netto):	2025	
	2024	
	2023	

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags auf dem Vergabeportal DTVP gelten die Erklärungen und Angaben der Referenzen als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-
berechtigten Person des Bieters (bei Bieter-
gemeinschaften: des bevollmächtigten
Mitglieds)



Vordruck 6: Referenz(en)

**für Gebäude für die Nutzung durch Forschung und/oder Entwicklung,
mind. LPH 2 – 5 nach §§ 34, 39, 55 HOAI**

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck. Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt. **Hinsichtlich der Anforderungen an die Referenzen und zur Vergleichbarkeit einer erbrachten Leistung wird auf die Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt S der EU und auf die Verfahrenshinweise (Anlage B1) verwiesen.**

Gefordert werden mindestens eine Referenz, bewertet werden höchstens fünf Referenzen, für Gebäude für die Nutzung durch Forschung und/oder Entwicklung, mind. LPH 2 – 5 nach §§ 34, 39, 55 HOAI, Referenz nicht älter als 10 Jahre (Fertigstellung ab Mai 2016), Baukosten mind. 10 Mio. Euro

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags auf dem Vergabeportal DTVP gelten die Erklärungen und Angaben der Referenzen als wirksam abgegeben.

Referenz Nr. 1 (Mindestanforderung)

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	



Beschreibung des Referenzprojektes:	
-------------------------------------	--

Referenz Nr. 2

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	



Beschreibung des Referenzprojektes:	
-------------------------------------	--

Referenz Nr. 3

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Referenz Nr. 4

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Referenz Nr. 5

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Vordruck 7: Referenz(en)

für Gebäude mit flexibel nutzbaren Werkstätten (Schaffung von flexiblen Werkstätten und Büroräumen), mind. LPH 2 – 5 nach §§ 34, 55 HOAI

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck. Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt. **Hinsichtlich der Anforderungen an die Referenzen und zur Vergleichbarkeit einer erbrachten Leistung wird auf die Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt S der EU und auf die Verfahrenshinweise (Anlage B1) verwiesen.**

Gefordert werden mindestens eine Referenz, bewertet werden höchstens fünf Referenzen, für Gebäude mit flexibel nutzbaren Werkstätten (Schaffung von flexiblen Werkstätten und Büroräumen), mind. LPH 2 – 5 nach §§ 34, 55 HOAI, Baukosten mind. 5 Mio. Euro, Referenz nicht älter als 10 Jahre (Fertigstellung ab Mai 2016)

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags auf dem Vergabeportal DTVP gelten die Erklärungen und Angaben der Referenzen als wirksam abgegeben.

Referenz Nr. 1 (Mindestanforderung)

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	



Beschreibung des Referenzprojektes:	
-------------------------------------	--

Referenz Nr. 2

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	



Beschreibung des Referenzprojektes:	
-------------------------------------	--

Referenz Nr. 3

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Referenz Nr. 4

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Referenz Nr. 5

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Vordruck 8: Referenz(en)

für Dienstleistungen zur Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe der Bauleistungen und Objektüberwachung (LPH 6, 7 und 8 nach § 34 HOAI) für ein Gebäude das mit öffentlichen Fördermitteln errichtet worden ist

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck. Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt. **Hinsichtlich der Anforderungen an die Referenzen und zur Vergleichbarkeit einer erbrachten Leistung wird auf die Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt S der EU und auf die Verfahrenshinweise (Anlage B1) verwiesen.**

Gefordert werden mindestens eine Referenz, bewertet werden höchstens fünf Referenzen, für Referenzprojekte über Dienstleistungen zur Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe der Bauleistungen und Objektüberwachung (LPH 6, 7 und 8 nach § 34 HOAI) für ein Gebäude das mit öffentlichen Fördermitteln errichtet worden ist, Baukosten mind. 10 Mio. Euro, Referenz nicht älter als 10 Jahre (Fertigstellung ab Mai 2016)

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags auf dem Vergabeportal DTVP gelten die Erklärungen und Angaben der Referenzen als wirksam abgegeben.

Referenz Nr. 1 (Mindestanforderung)

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	



Beschreibung des Referenzprojektes:	
-------------------------------------	--

Referenz Nr. 2

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	



Beschreibung des Referenzprojektes:	
-------------------------------------	--

Referenz Nr. 3

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Referenz Nr. 4

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Referenz Nr. 5

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung des Referenzprojektes:	



Vordruck 9: Eigenerklärung zu Mindestentgeltzahlungen nach MiLoG

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Angaben zur Einhaltung der Vorschriften des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und etwaiger bindender tariflicher Mindestentgeltbestimmungen:

Ich / wir erklären, dass die vorgenannten Vorschriften durch das / die Bieterunternehmen eingehalten werden und dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) in Bezug auf unser Unternehmen nicht vorliegen. Diese Erklärung schließt alle Beschäftigten ein, die in der Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen eingebunden werden, gleich ob sie in dem / den Bieterunternehmen (fest) angestellt sind, auf anderer Vertragsgrundlage für diese(s) tätig sind oder für beauftragten Nachunternehmen tätig sind.

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gelten diese Erklärungen als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-
berechtigten Person des Bieters (bei Bieter-
gemeinschaften: des bevollmächtigten
Mitglieds)



Vordruck 10: Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Eigenerklärung

zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gelten diese Erklärungen als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-
berechtigten Person des Bieters (bei Bieter-
gemeinschaften: des bevollmächtigten
Mitglieds)



ⁱArtikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 lautet wie folgt:

(1)

Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen wie des Vorhabens Paks II und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“